

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 281

Mittwoch den 2. Dezember 1903

10. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kulturaufgaben. Die „Nordb. Allg. Ztg.“, die, wie alljährlich vor dem Zusammentritt des Reichstages, bruchstückweise die wichtigsten Posten des neuen Etats veröffentlicht, weiß diesmal u. a. auch von einer Ausgabenerhöhung zu berichten, die man sich sehr wohl gefallen lassen darf. In außerordentlichen Etat des Reichsamts des Innern werden nämlich 5 Millionen Mark zum Bau von Arbeiter- und Beamtenwohnungen veranschlagt; das ist eine Million mehr als im Vorjahre. In der Erläuterung dieses Punktes wird berichtet, daß der Viermillionsfonds von 1903 durch Darlehensbewilligungen mehr als erschöpft worden sei. Zahlreiche Anträge hätten auf 1904 zurückgestellt werden müssen; ja ein größerer Bauverein mußte sogar zum Verzicht auf ein ihm bereits zugesagtes Darlehen von mehreren hunderttausend Mark veranlaßt werden, damit den dringenden Forderungen, die zu Gunsten der Werftarbeiter in Wilhelmshaven an den Fonds erhoben wurden, Genüge geleistet werden konnte. — Daß das Reichsamt des Innern einem solchen Ansturm Stand gehalten und seinen Etat nicht überschritten hat, verdient uneingeschränkte Bewunderung. Denn — Ordnung muß sein! Schade nur, daß der Kriegsmiester und der MarineSekretär im Punkte der Staatsüberschreitungen ein minder zartes Gewissen haben, als der Staatssekretär des Innern. Und merkwürdig, daß dieser Staatssekretär, der Graf Bosadowsky, in seinen Forderungen so bescheiden bleibt! Es soll hier nicht weiter davon die Rede sein, ob und wie die Reichsgelder zum Zwecke der Wohnungsfürsorge vielleicht besser verwendet werden könnten, als es jetzt geschieht — gerug, es handelt sich im Prinzip um ein kulturförderndes Unternehmen. Darüber sind alle einig bis auf die Hausagrarier, die auf einem ihrer letzten Tage den Grafen Bosadowsky sogar zu einem roten Genossen stempelten. Es ist aber auch klar, daß die Summen, die vom Reich zur Wohnungsfürsorge bewandt werden, lächerlich gering sind sowohl im Verhältnis zur Größe der Aufgabe, die mit so kleinen Mitteln nicht gelöst werden kann, als auch im Verhältnis zu den Riesensummen, die das Reich für kulturwidrige und rein kapitalistische Zwecke verwendet. Solche kleine Experimente beweisen keineswegs, daß der Staat thut, was er soll, sondern sie zeigen vielmehr nur, was er eigentlich thun sollte. Seine Kulturpolitik hat in einer Spielzeugschachtel

zum Reichstage sind bereits verschiedene Fraktionen einberufen worden, wie die Deutsche Reichspartei, die Nationalliberalen, die sozialdemokratische Fraktion. Es dürfte sich besonders bei den Nationalliberalen, wie eine Korrespondenz mittheilt, um Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahl handeln. Die Nationalliberalen wollen Anspruch auf den Posten des zweiten Vizepräsidenten wie in letzter Tagung, erheben und für den nicht wiedergewählten König einen anderen Kandidaten, vielleicht Bied (Heidelberg) oder Dr. Pieber oder den Grafen Diola präsentieren. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Mittwoch ihre erste Sitzung im Reichstagsgebäude abhalten. Es wird die Konstituierung der Fraktion erfolgen und es wird beraten werden, welche Initiativanträge eingebracht werden sollen.

Der neue Militäretat weist in den Forderungen für das preussische Kontingent bei den fortwährenden Ausgaben ein Mehr von 3,44 Millionen Mark auf. Zur Begründung der Forderung, daß Oberstleutnants künftig ein auf 7200 Mk. erhöhtes Gehalt beziehen sollen, ist dem Etat eine besondere Denkschrift beigegeben. Diese Denkschrift sucht die Gehaltserhöhung zu begründen mit dem schon früher dafür geltend gemachten Hinweis, daß die Verlassung von Offizieren „in so hohem Lebensalter auf denselben Einkommensstufe während der Dauer von 10 Jahren auf die Dienstfähigkeit lähmend wirken müsse.“ Auch wird angeführt, daß eine Fortdauer dieser Gehaltsverhältnisse den Offizieren der Infanterie gefährden könne. Wie schon früher berichtet, wird die Gehaltserhöhung für 180 Oberstleutnants gefordert. Eine zweite Denkschrift betrifft die Beförderung und Vermehrung der Unteroffiziere. Es sollen 765 neue Stellen für die außerhalb ihrer Truppenteile als Registratoren, etatsmäßige Schreiber oder Zeichner verwendeten Unteroffiziere errichtet werden; gewissen Unteroffiziergruppen sollen die Gehaltsverhältnisse der Bizefeldwebel gewährt werden; der vierte Theil der Sergeanten soll eine jährliche Zulage von 72 Mk. erhalten. — Da die Regierung neue Gründe zur Unterstützung ihrer Forderung auf Erhöhung der Oberstleutnantsgehälter nicht beigebracht hat, wird hoffentlich der Reichstag auf seinem ablehnenden Standpunkte verharren.

Ein neues Opfer deutscher Rechtsprechung. In der „Berliner Ztg.“ findet sich folgende ungeheuerliche Geschichte, die man, wenn sie nicht von dem offizösen Sprachgebrauch des Postgewaltigen Kräfte veröffentlicht würde, kaum

für glaubhaft halten sollte: „Der Postbote K. in D. hatte drei Briefe mit Zustellungsurkunde an drei verschiedene, aber gleichnamige Personen in dem Landorte N. bei D. zu bestellen. Die drei Personen sollten, wie er durch Erkundigung erfahren hatte, zusammen ein Haus bewohnen. Als er in der zugehörigen Scheune mehrere Arbeiter beschäftigt sah, ging er zu diesen und fragte nach dem Adressaten. Aus den theils deutsch, theils polnisch gesprochenen Worten glaubte er zu entnehmen, daß alle drei Empfänger der Briefe in der Scheune anwesend wären. Er legte daher die drei Briefe neben der Person, die ihm die Auskunft erteilt hatte, nieder und bescheinigte die Zustellungsurkunden dahin, daß er die zugehörigen Briefe den Adressaten selbst übergeben habe. In Wirklichkeit ist jedoch nur einer der Adressaten in der Scheune zugegen gewesen, der seinen Brief auch erhalten hat. Die andern beiden Briefe sind am Orte der Zustellung liegen geblieben und hinterher abhandelt gekommen. Infolgedessen sind die darin enthaltenen gerichtlichen Vorladungen der beiden Adressaten nicht zugegangen. Das Gericht hat in dem Verfahren des Postboten den Thatbestand einer falschen Beurkundung im Sinne des § 348 des Str.-G.-B. erblickt und den K. zu einem Monat Gefängnis sowie auch zur Tragung der Kosten verurtheilt.“ — Paragraph 348 lautet: „Ein Beamter, welcher zur Aufnahme öffentlicher Urkunden beauftragt, innerhalb seiner Zuständigkeit vorsätzlich eine rechtlich erhebliche Thatfache falsch beurkundet oder in öffentliche Register oder Bücher falsch einträgt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Dieselbe Strafe trifft einen Beamten, welcher eine ihm amtlich anvertraute oder zugängliche Urkunde vorsätzlich vernichtet, beiseite schiebt, beschädigt oder verfälscht.“ Es liegt also nur dann eine strafbare Handlung vor, wenn die Unrichtigkeit vorsätzlich herbeigeführt worden ist. Der unglückliche Postbote hat nun offenbar aus dem Kauderwelsch des polnischen Arbeiters die falsche Uebersetzung gewonnen, daß alle drei Adressaten in der Scheune anwesend seien und daher nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, als er die drei Briefe vor den Augen aller Zeugen niederlegte und die erfolgte Bestätigung auf der Urkunde bescheinigte. Das Urtheil dürfte deshalb schon vom rein juristischen Standpunkte aus unhaltbar sein. Hiervon ganz abgesehen, wird es dem Volksempfinden unfassbar bleiben, daß sich der Postbote überhaupt eine Verfehlung hat zuschulden kommen lassen. Selbst ein verbißener Bedienter würde höchstens ausstellen, daß der Bote die Briefe nicht jedem Arbeiter einzeln in die Hand drückte. Diese nebensächliche Unterlassung könnte man indessen allerhöchsten Falles nur als eine kaum nennenswerthe Flüchtigkeit bezeichnen, wie sie, solange wir noch gewöhnliche Menschen sind, nicht sammt und sonders unsehbare Papiere sind, auch dem gewissenhaftesten Beamten mit unterlaufen kann. Und wegen dieser belanglosen Bagatelle wird ein unbescholtener, ehrlicher Mann zu einem Monat Gefängnis und zur Tragung der gewiß nicht unerheblichen Gerichtskosten verurtheilt, also härter bestraft als mancher diebische Soldatenschänder, der sich haarspreubende Schenkschleichen hat zu Schulden kommen lassen! Schon seit vielen Jahren werden in kürzeren oder längeren Zwischenräumen Postunterbeamte wegen ähnlicher Vorfälle zu Gefängnisstrafen verurtheilt. Sie können die ihnen zur Last gelegten Vergehen gar nicht vermeiden, da sie sich auf ihren Befehlsgängen der größten Schnelligkeit befleißigen müssen, wobei ihnen kleine Forttümer bis in alle Ewigkeit mit unterlaufen werden. Da wäre eine zeitweilige disziplinarische Abmündung vollkommen ausreichend. Die Reichspostverwaltung hätte schon vor Jahrzehnten bei den gefeggebenden Körperchaften eine Aenderung des Strafgesetzbuches beantragen können, die kleine Forttümer bei der Ausstellung von Postzustellungsurkunden als Ausnahmen bezeichnet und der disziplinarischen Rüge überweist. Ein derartiger Antrag wäre vom Reichstag einstimmig befürwortet worden. Aber das Reichspostamt thut gar nichts; es sieht stillschweigend zu, wie seine Beamten dem bloßen Buchstaben zum Opfer fallen und wegen eines lächerlich geringen Vergehens als „Urkundenschieber“ ins Gefängnis wandern. Sittennach kommt dann die Postverwaltung mit dem billigen Senf des guten Rathes. Und das rühmt sich behördliche Fürsorge!!

Die Landtagswahlen für Sachsen-Weimar wurden Montag beendet. Das Ergebnis ist folgendes: Die Freisinnigen verloren zwei Sitze an die Nationalliberalen. Unsere Parteigenossen behaupteten ihre beiden Sitze.

Den Galatien und seine korrumpierende Folgen einmal gründlich vorzunehmen, wird sich dem Reichstage bei der Etatsberatung die schönste Gelegenheit bieten. Die Reichspostverwaltung hat nämlich in ihrem Etatsvoranschlag als neuen Titel 539 100 Mk. eingestellt zu widerruflichen, nicht pensionsfähigen Gehaltszulagen an die in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren Kanzlei- und Unterbeamten, sowie zu widerruflichen Pensionszulagen für die in diesen Landestheilen angestellt gewesenen und dort verbleibenden Beamten dieser Kategorien, und 6000 Mark zu

Erziehungsbeihilfen an höhere Beamte in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen. In den Erläuterungen zu diesen Titeln wird auf die den preussischen Beamten in den östlichen Provinzen gewährten Gehaltszulagen hingewiesen; es sei geboten, den Reichspost- und Telegraphenbeamten, für welche die Verhältnisse völlig gleichartig liegen, in jenen Landestheilen denselben Ausgleich für die Erschwernisse des Lebens wie den preussischen Beamten zu bieten. — Von einer Erschwernisse des Lebens in wirtschaftlicher Beziehung — und nur die ließe sich doch durch eine Geldzulage erleichtern — kann absolut keine Rede sein. Alle Bedürfnisse der Lebenshaltung, namentlich die Lebensmittel, sind im Osten ganz wesentlich billiger, als im Westen. Es wird wohl Niemand bestreiten, daß ein Beamter in Posenmüdel mit dem gleichen Gehalte mindestens dreimal besser auskommen kann, als etwa in Frankfurt a. M. oder in Wiesbaden. Da klingt es geradezu wie Hohn, wenn der Mann im billigen Osten noch eine besondere Zulage erhält, und der im theueren Westen das Zusehen hat. Ein gelungener Ausgleich! Da der Reichstag glücklicherweise noch kein Junterparlament ist, dürfte sich Herr Kräfte wohl verrechnet haben. Nach einer Aeußerung der „Kölnischen Volkszeitung“ ist auch das Zentrum für halatistische Ostmarkenzulagen nicht zu haben. Hoffentlich benützen auch die übrigen nichthalatistischen Fraktionen die günstige Gelegenheit, mit den Herren am Bundesrathstische über die standlosen Zustände in den Ostmarken einmal ein kräftiges Wortlein zu reden. Herrn Kräfte könnte man dabei noch über die zahlreichen grundlosen und kostspieligen Verfehlungen polnischer Unterbeamter nach Westdeutschland ins Gebet nehmen. Dem Rechnungshofe des Deutschen Reiches sind die Ausgaben für diese halatistischen Mandar als im „dienlichen Interesse notwendig“ hingestellt, wobei er sich auch merkwürdigerweise beruhigt hat, während er doch sonst dem Verbleib jeder abgenutzten Kleiderbürste nachschneidet.

Caesar supra grammaticam — der Kaiser steht über der Grammatik, heißt es ja wohl. Aber tausendmal höher als Kaiser und Grammatik steht der hrtige Bureaukratte. Wilhelm II. hat sich bekanntlich auch einmal gegen das Amtsdeutsch und die falschen Forderungen (Umstellung) ausgesprochen. Die kaiserliche Verordnung vom 23. November aber giebt ein Musterbeispiel einer solchen falschen Forderung: „Der Reichstag wird berufen, am 3. Dezember d. J. in Berlin zusammenzutreten und beauftragt wird (!) den Reichslanzler mit den zu (!) diesem Zwecke nöthigen Verhandlungen.“ Darunter steht: Wilhelm, Imperator Rex.

Bismarck und sein junger Chef. Wie der junge Kaiser und der alte Kanzler Bismarck zu einander standen, und wie es bei der Entlassung des Letzteren zuging, dazu will der Schriftsteller Wilh. Schwane in Berlin einen Beitrag zu liefern in der Lage sein. Es ist bekannt, daß die unmittelbare Veranlassung zu dem Bruch zwischen Wilhelm II. und Bismarck die Verhandlungen Bismarcks mit Windthorst boten, über welche dem Kaiser vorher seine Mittheilung gemacht worden war. Der Kaiser begab sich selbst zu Bismarck und stellte ihn zur Rede. Ueber die nun folgenden Auseinandersetzungen berichtet Schwane: „Es kam zu erregten Auseinandersetzungen darüber, daß es als unmöglich erscheinen mußte, Bismarck ferner in der Regierung zu behalten. Hatte er sich doch hinreichend lassen, das Lintenglas im Horn gegen seinen kaiserlichen Herrn zu erheben! Wenn Maximilian Harden in seinen Intimitäten aus den kritischen Tagen von damals hierüber nichts erzählt und auch Bismarck in seinen „Denkwürdigkeiten“ davon schweigt, so hat doch der Kaiser selbst seinem Freunde, dem König Albert von Sachsen, darüber berichtet, der seinerseits unseren Wortführer von Egidy einweichte, von dem ich es einst in einer vertrauten Winterabendstunde erfahren habe. Ich sage das hiermit zum ersten Male öffentlich, um alle Legenden über die „ungerechtfertigte und undankbare“ Behandlung des Reichsschmeibes endlich einmal ins rechte Licht zu rücken, und nenne dazu die Namen, um allen Zweifeln an der Echtheit dieser Szene von vornherein die Spitze abzubrechen.“ — Nach dieser so bestimmten Angabe wird wohl eine authentische Auskunft zu erwarten sein, welche die Sache klärt und einen etwaigen Irrthum richtigstellt.

Militärhoffott über ein Stadttheater. Magdeburg ist um eine Sensation reicher. Den Besuchern des Stadttheaters fiel Sonntag allgemein das Fehlen jener Scene auf, die sonst an jedem Theaterabend ihre Anwesenheit sehr deutlich kund zu thun beieben: nicht ein einziger angegebiger der doch ziemlich großen Garnison war da! Ein Einjähriger des 4. Infanterie-Regiments, der sich in der Parterre verlaufen, wurde von Freunden schnell entfernt. Auf persönliche Erkundigungen an maßgebender Stelle hat sodann die Magdeburger „Volkstimme“ erfahren, daß das Militärkommando sämmtlichen Offizieren und Mannschaften den Besuch des Stadttheaters an den Abenden verboten hat, an denen Meyerleins Militärdram.

Wortführer Stiller bittet, auf diese Doktorfragen nicht näher einzugehen.

Dreht tritt nochmals für seinen Antrag ein, wendet sich aber gegen die Erhöhung des Steuerfußes auf 10 pCt. für große Einkommen. Lübeck solle sich seinen guten Ruf bewahren, daß es eine niedrigere Besteuerung habe, als Preußen. Früher habe auch ich auf dem Standpunkt gestanden, daß Einkommen bis zu 900 Mark steuerfrei bleiben sollen. Ich bin aber davon abgekommen. Es giebt Leute, die ein Einkommen von 900 Mark haben und die doch Steuern zahlen können. Man kann insofern eine Erleichterung schaffen, als man kinderreichen Familien noch weitere Ermäßigungen gewährt.

Dr. Ziehl: Ich bin für den Antrag Brecht und freue mich, daß am Senatsstische jetzt Stimmung hierfür vorhanden ist. Im Bürgerausschuß fand ich ein derartiges Entgegenkommen leider nicht.

H. Thiel: Ich stimme Herrn Dobberstein zu, wenn er sagt, daß das im Dezember geschaffene Bürgerrechtswahlgesetz ein schlechtes ist. Ich hege den dringenden Wunsch, daß es baldigt abgeändert wird. Ich werde mir allerdings ein Urtheil darüber, ob das Wahlrecht von der Steuerkraft abhängig zu machen ist, vorbehalten. Im Uebrigen bin ich für die Kommissionsberatung im Sinne des Herrn Brecht. Für nothwendig aber halte ich es, daß die Kommission sich einmal mit der Frage beschäftigt, ob die kostspieligen Einrichtungen, die wir geschaffen haben, auch wirklich gebraucht werden. Entschieden möchte ich davon abrathen, die Sache an die alte Kommission zu überweisen. Wählen Sie eine neue Kommission aus der Bürgerschaft, damit frisches Blut in dieselbe hinein kommt.

Die befreit die Nothwendigkeit, daß so große Summen gebracht werden und zieht dann seinen Antrag zurück.

Pape: Als Mitglied der Kommission kann ich Ihnen ja die Kommissionsvorschlüge empfehlen, ich selbst aber bin für die Anträge des Herrn Dobberstein. Herr Thiel hätte uns, anstatt Herrn Dobberstein anzugreifen, sagen sollen, was er will, denn jetzt kommen wir in den Verdacht eines Reactionärs. (Der Wortführer erjucht, die persönlichen Aeußerungen zu unterlassen.) Ich vertrete hier meine Ansicht und vertheidige mich gegen Angriffe, die gegen meine Sache gerichtet worden sind. Wenn Herr Cite hier von Ueberschüssen spricht, dann können wir diese Ueberschüsse gerne für ein gemeinsames Fest bewilligen. Leider aber bekommen wir keine. Wenn wir Geld hätten, dann könnten wir genug nothwendige Sachen erledigen. Herr Thiel ist auf die Aktiengesellschafts-Besteuerung, über die er bei anderen Gelegenheiten geklagt hat, hier nicht eingegangen. Wie unrecht seine Forderung ist, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Betont sei noch, daß mir heute morgen ein anonymes Schreiben zugegangen ist, indem auch die Besteuerung der offenen Handelsgesellschaften geordert wird. Und mit Recht! Die Thiel'sche Anregung ist nicht Sache der Bürgerschaft, sondern der Handelskammer.

Jenne: Es ist erfreulich, daß der Schlußantrag abgelehnt worden ist. Ich kann mich nur für den Senatsantrag aussprechen. Bedauerlich ist es, daß auch der Senat sich für eine Erörterung der Umgestaltung der Einkommensteuer in eine bewegliche Steuer ausgesprochen hat. Sie sprechen und sprechen immer vom Sparen. Sie wollen wohl sparen, thun es aber nicht. Wenn Herr Stender hier mit einem Antrag auf Erparung von 15000 Mark kommt, dann rufen sie „Bravo“. Bei der Abstimmung aber stimmen sie dagegen. Es muß unbedingt zugegeben werden, daß in Lübeck nicht vorsichtig genug verfahren worden ist. Hier wäre es angebracht, daß die Beamten, auf deren Fehler derartige Staats-Ueberschreitungen zurückzuführen sind, 100 Mk. Strafe bezahlen müßten. Sie sollten einmal sehen, wie schnell die Nachbewilligungen verschwinden wurden.

Dr. Baethke: Ich bin Anhänger der Brecht'schen Anschauung. Herr Thiel bemerkt ich, daß die Anlegung eines Fabrikssteuers schon lange geplant ist. Das aber kostet uns viel Geld und was wird der Erfolg sein?

H. Thiel: Ich bin hier unberechtigter Weise als Reactionär verschrien worden. Ich bin aber noch lange kein Reactionär, wenn ich das Wahlrecht für schlecht erkläre.

Dr. Görg: Lassen Sie sich nicht verleiten und stimmen der Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zu. Diese ist das Ultimo ratio. Wenn wir alle Sachen in gemeinsamen Kommissionen erledigen, dann degradieren wir uns selbst herab. Es war auch abgemacht, daß es sich um eine Bürgerchaftskommission handeln sollte. Diese sollte den Kompromiß darstellen, auf dessen Basis wir uns Alle vereinigen. Ich bitte Herrn Geheimrath Brecht, seinen Antrag in diesem Sinne abzuändern.

Brecht ändert seinen Antrag dahingehend ab.

Dobberstein: Herr Thiel hat Herrn Pape total mißverstanden.

Die Generaldebatte ist geschlossen. In der Spezialdiskussion wird zunächst ein Antrag Dobberstein, der Einkommen bis zu 900 Mk. steuerfrei lassen will, abgelehnt. In der Debatte hierüber bemerkt Peters, daß die kleinen Einkommen in der Vorlage genügend berücksichtigt worden seien. Die Leute, die 600 bis 900 Mk. Einkommen versteueren, seien meist ledig. Er fände es sehr gerecht, wenn diese höher zur Steuer angelegt würden, als es heute der Fall sei.

Thiele verweist dem Vorredner gegenüber darauf, daß mancher Arbeiter heute keine 900 Mk. verdiene.

Hahn beantragt eine Steuererleichterung resp. Steuerfreiheit für kinderreiche Familien mit Einkommen bis zu 900 Mk., zieht aber schließlich seinen Antrag wieder zurück.

In der Abstimmung wird der Senatsantrag mit dem Zusatzantrag Brecht, nach welchem die Erhöhungen nur für 1904 gelten sollen, angenommen. Ferner findet der Antrag Brecht auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Frage der Umwandlung der Einkommensteuer in eine bewegliche, jedes Jahr zu beschließende Steuer Annahme.

Die übrigen Tagesordnungspunkte werden abgelehnt. Zur Erledigung derselben soll kommenden Montag abends eine Versammlung stattfinden.

Schluß 2 1/2 Uhr.

I. Wahlbezirk: Jacobi-Quartier

umfaßt den zwischen der Johannisstraße, Breitestraße, Kl. Burgstraße und Wakenitz liegenden Theil der Stadt.

Wahllokal: Caffes Gesellschaftshaus, Johannisstr. 25.

II. Wahlbezirk: Marien-Magdalenen-Quartier

umfaßt den zwischen Mengstraße, Breitestraße, Kl. Burgstraße und Trave gelegenen Theil der Stadt.

Wahllokal: Concerthaus Fünshausen, Fünshausen 17/19.

III. Wahlbezirk: Marien-Quartier

umfaßt den zwischen Mengstraße, Breitestraße, Sandstraße, Mühlenstraße und Trave gelegenen Theil der Stadt.

Wahllokal: Central-Gallen, Dankwartstraße 20.

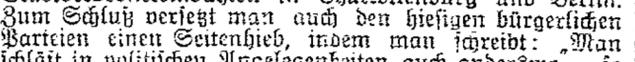
IV. Wahlbezirk: Johannis-Quartier

umfaßt den zwischen Mühlenstraße, Sandstraße, Breitestr., Johannisstraße und Wakenitz gelegenen Theil der Stadt.

Wahllokal: Kufmbacher Bierhaus, Fleischhauerstr. 16.

Die vorstädtischen Bezirke siehe in unserer gestrigen Nummer.

Stimmzettel sind vor sämtlichen Wahllokalen zu haben.



Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 1. Dezember 1903.

Ueber die Schlafheit des Bürgerthums stimmen die Lübeckischen Anzeigen in einem Leitartikel ein herzerweichendes Klagegedicht an. Anlaß giebt ihnen hierzu die eklatante Niederlage der bürgerlichen Parteien bei den Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg und Berlin. Zum Schluß verlegt man auch den hiesigen bürgerlichen Parteien einen Seitenhieb, indem man schreibt: „Man schläft in politischen Angelegenheiten auch anderswo — so z. B. in Lübeck — aufstatt sich rechtzeitig an die Arbeit zu machen. — „M“ das Gejammer und Gegeter über die „Schlafheit“ des Bürgerthums wird ungehört verhallen. Wer jeder politischen Ideale bar ist, der hat sich bereits selbst sein eigenes Grab gegraben.“

Auf den wrenschischen Staatsbahnen gelangen von heute ab Rückfahrkarten vierter Klasse mit zweitägiger Gültigkeitsdauer zur Ausgabe. — Ehe sich die Lübeck-Büchener Eisenbahndirection zur Einführung einer derartigen ähnlichen Einrichtung entschließt, darüber dürfte wohl noch eine Generation hinwegziehen.

Vom Hochwasser. Der starke Nordostwind des gestrigen Nachmittags brachte enorme Wassermengen an die Stadt und hatte zur Folge, daß das Wasser der Trave anhaltend stark stieg. Morgens 8 Uhr zeigte der Strudfahrspegel 5,78 Meter, um 6 Uhr Abends aber bereits 6,36 Meter. Gegen 6 1/2 Uhr erlöschten dann vom Burgfelde aus die drei Warnungsschiffe. Da das Wasser im fortwährenden Steigen begriffen war — um 10 Uhr hatte es bereits eine Höhe von 6,68 Meter erreicht — so wurden um 10 1/2 Uhr abermals drei Warnungsschiffe abgegeben. Gegen 12 Uhr war eine weitere Steigerung von 0,08 Meter zu verzeichnen. Schließlich flaute der Wind ab und das Wasser begann allmählich wieder zu sinken. Die Trave war bei der Öffnungs- und Hartengrube, sowie bei der Gr. und Kl. Altesfähre über ihre Ufer getreten. Hoffentlich hat das Hochwasser keinen nennenswerthen Schaden angerichtet.

Die hiesige Aktienbierbrauerei verzehlt eine Dividende von 7 1/2 Proz.

Wegen Ungehörigkeit vor Gericht erhielt am Sonnabend der wegen Beleidigung vor der Strafkammer II. stehende hiesige Handschuhmacher Th. eine sofort vollstreckte Haftstrafe von drei Tagen zudiktirt. Wegen des Vergehens — er hatte am 17. August d. Js. auf dem Walle ein junges Mädchen durch eine gemeine Redensart beleidigt, — verurtheilte ihn das Gericht zu 50 Mk. Geldstrafe. — Das hatte sich der gute Mann jedenfalls auch nicht träumen lassen.

Anträge auf Anweisung von Verkaufsständen auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkte sind an den Verträgen vom 1. bis zum 16. Dezember d. Js. in der Zeit von Vormittags 9 bis 12 Uhr und von Nachmittags 3 bis 7 Uhr im Polizeibureau zu stellen.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma aktien-gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helfmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Im Kausche lief in der Nacht zum Montag ein Mastroße unterhalb der Konstantinstraße in die Trave. Mannschaften eines in der Nähe liegenden schwedischen Dampfers retteten ihn jedoch. Hoffentlich hat das kalte Bad für ihn keine nachtheiligen Folgen.

pb. Messerstecherei. In der Nacht vom Sonntag den 29. zum Montag den 30. d. M. fand auf der Chaussee vor der Wirtschaft „Mozlinger Baum“ eine Schlägerei statt, bei welcher drei Betheiligte durch Messerstiche nicht unerheblich verletzt wurden. Der Thäter ist bereits ermittelt.

pb. Retrospektive Leiche. Die am 26. v. Mts. im Stadtgraben gefundene männliche Leiche wurde gestern als diejenige des Kaufmannes Magnus von Oelsenpalm aus Altona erkannt.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Gegen zwei Arbeiter, die sich des Hausfriedensbruchs schuldig, der Sachbeschädigung zum Nachtheil einer Wittwe schuldig machten, wurde Anzeige erstattet. — Das am 16. v. Mts. als abhanden gekommen gemeldete gelbgezeichnete Boot hat sich wieder angeunden.

Schlupf. Ein ungetreuer Knecht. Ein hiesiger Landmann landte seinen Knecht mit Korn nach Schönberg zu einem Händler. Um ganz sicher zu gehen, gab er dem Knecht einen Brief mit, in dem er den Händler erjuchte, dem Ueberbringer das Geld nicht auszuliefern. Uner Knecht aber hatte Lunte gerochen. Er öffnete den Brief unterwegs und unterthug ihn dann. In Schönberg erhielt er nur für das Korn 103 Mk. ausgehändigt. Bei seiner Rückkehr nach Hause lieferte er das Geld nicht ab, sondern machte sich, nachdem er noch aus der Nachbarschaft eine Schubkarre zum Transport seiner Sachen entwendet hatte, heimlich auf die Sohlen. Jetzt wird auf ihn gefahndet.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Verhandlungen zwischen den in Hamburg im Ausstand befindlichen Kürschnern und ihren Arbeitgebern sind, trotzdem das Gewerbeamt als Eingangsamt angerufen war, erfolglos verlaufen und ist infolgedessen in einer Versammlung beschlossen worden, den Ausstand fortzusetzen. — Bei der Wahl von zwei Stadtverordneten in Isehoe wurden die ausscheidenden Herren Konditor Th. Mohr mit 195 und Kaufmann Claus Krohn mit 203 Stimmen wiedergewählt. Die Kandidaten der Sozialdemokraten, Tischlermeister Simonen und Sigarenhändler Kestermann brachten es auf 173 bezog.

173 Stimmen. — Der Streik der Maurer in Emden dauert fort. Der Bauvorstand aus Bremen hat den Streikenden zwar wegen der großen Anzahl von Streikbrechern gerathen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, die Maurer aber haben sich dessen geweigert, weil sie der Ueberzeugung sind, daß die Arbeitswilligen technisch sehr wenig leiten und ihre Gegenwart deshalb auf den Streik von geringem Einfluß ist.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Zahl der vermißten Finkenwärders Fischerboote hat sich auf fünf erhöht. Inzwischen wird gemeldet, daß einer der verschollenen Boote aus dem Sturm gerettet und in Gurben eingelaufen ist. — Die Alsen-Portland-Zementfabrik bei Isehoe steht, wird die „Isehoer Nachr.“ melden, in Flammen. Bis jetzt sind die an der Stör belegenen Lagerschuppen niedergebrannt. Auch eine Schute steht in Flammen. Infolge der ungünstigen Windrichtung dürfte der größte Theil des ausgebreiteten Stabflements niederbrennen. — Die Südpolepedition wurde gestern durch Geheimrath Rang in Kiel aufgelöst. Die Mannschaften erhielten eine Extrabefehlzung von einer Monatsheuer. — Der aus der Strafanstalt entlassene Mörder Boldt aus Schönberg ist in der Schweriner Gegend wiederergriffen. — Die größte Ladung Apffel, die jemals von Newyork verschifft worden ist, überbringt der heute in Bremerhaven eintreffende Dampfer „Main“ des Norddeutschen Lloyd; sie besteht aus 22 920 Faß und 1540 Kisten Apffel. — Durch die Explosion eines Karbidbehälters einer Acetylenanlage bei Berden wurden vierfache Verletzungen angerichtet; ein Knabe wurde getödtet.

Hendenburg. Soldatenmißhandlung. Eine grausame Mißhandlung ist nach der „Schleswig-Holstein. Volksztg.“ am Donnerstag an einem Rekruten der 2. Kompagnie des 85. Infanterie-Regiments verübt worden. Dem Unteroffizier Gehl schien ein ihm zur Ausbildung übergebener Rekrut nicht lauber genug. Er veranlaßte die Kameraden dieses Regiments, ihn mit kaltem Wasser und Scheuerbürste zu bearbeiten. Diese Prozedur soll so nachhaltig ausgeführt worden sein, daß dem Mißhandelten das Blut an verschiedenen Stellen des Körpers hervorauoll. Schließlich wurde dem so Traktierten ein Eimer kaltes Wasser über den Kopf gegossen. Die Folgen dieser unmenschlichen Behandlung stellten sich sofort ein. Der bedauernswerthe Mensch mußte unmittelbar darauf nach dem Lazareth geschafft werden, wo er sprachlos darniederliegt. Der Unteroffizier ist am Freitag in Haft genommen worden. — Die Hendenburger Garnison scheint die reine Brutstätte von Soldatenkindern zu sein.

Bezirke Nachrichten.

Sirchberg i. R. Fabrikbrand. In Erdmannsdorf ist die Fabrik von Böhm u. Haroste mit sämtlichen Waarenvorräthen bis auf den Grund niedergebrannt. Hierdurch verlieren 275 Arbeiter ihre Beschäftigung, abgesehen von einer sehr großen Zahl von Hausarbeitern, die sich auf die ganze Umgegend vertheilen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Berlin. Familiendrama. Am Sonntag morgen ermordete in Tempelhofer bei Berlin der Gastwirth Drenbradt seine Ehefrau durch Beiliebe und tödtete darauf sich selbst durch Sturz aus dem Fenster.

Baugen. Wegen Tödtung seiner Kinder und des Kindes seiner Geliebten durch Schwefelsäure verurtheilte das Schwurgericht den Zimmermann Philipp zu 15 Jahren Zuchthaus.

Essen a. R. Mord. In Hoffede wurde der Rechnungsführer Schellenberg von der Bege „Konstantin“ auf dem Nachhauseweg von mehreren Burchen überfallen und durch Messerstiche ermordet. Kratgänger fanden die Leiche, der die Uhr, das Portemonnaie und der Ueberzieher geraubt waren. Der Staatsanwalt legte 500 Mk. Belohnung aus.

Karlsruhe. Spiele nicht mit Schießgewehr. Sonntag erlösch ein 20jähriger, aus Konstanz gebürtiger Student der Technischen Hochschule mit einem Jagdgewehr durch Unvorsichtigkeit ein 20jähriges Mädchen aus Schopfheim. Der Thäter wurde wegen fahrlässiger Tödtung festgenommen.

Sofia. Erdbeben. Man drahtet der „Frankf. Ztg.“: Seit fünf Tagen wiederholen sich täglich die Erdstöße. Man hängt an, sich darüber zu beunruhigen. Montag früh gegen 1 1/2 Uhr erfolgte ein ziemlich starker Erdstoß, wodurch die Leute aufgemerkt, Thüren in Bewegung gesetzt und Pendeluhren zum Stehen gebracht wurden. Sachverständige behaupten, daß weitere Stöße bevorstehen. Hervorzuheben ist, daß der Sofia beherrschende, 2600 Meter hohe Berg Vitichko vulkanischen Ursprungs ist. Das Zentrum der Bewegung besteht, somit man hier verfolgen kann, noch immer das Nylo-Kloster.

Algier. Seebeben. Infolge heftigen Sturmes wurde ein plötzliches außerordentliches Emporschnellen des Meeres herabgerufen, wodurch ein großer Theil des Piers in Mostaganem zerstört ist. Mehrere Barken sind verschwunden, ein Dampfer ist gestrandet, ein anderer an den Felsen zerstückelt, eine andere Bark scheint gesunken zu sein.

Briefkasten.

E. in W. 1. Das Spartassenbuch ist als „eingetragenes Gut“ zu bezeichnen, an welchem dem Mann die Verwaltung zusteht. Allerdings darf er ohne Zustimmung seiner Frau über das eingetragene Gut nicht verfügen. 2. Ist erledigt durch Antwort auf Frage 1-3. Der überlebende Ehegatte erhält den ganzen Nachlaß, wenn weder Abkömmlinge noch Eltern, noch Großeltern, noch Geschwister, Geschwisterkinder oder weitere Abkömmlinge von Geschwistern vorhanden sind. Sind Kinder vorhanden, so erbt der Ehegatte ein Viertel des Nachlasses. Die übrigen drei Viertel erhalten die Kinder. Hinterläßt der Verstorbene Eltern, Geschwister, Geschwisterkinder oder Großeltern, aber keine Kinder, Enkel ufm., so erhält der eine Gatte die Hälfte, die Eltern oder Großeltern die andere Hälfte des Nachlasses. Das Haushaltsinventar gehört dem überlebenden Gatten vollständig. — Die Kosten in der Anstalt sind aus dem Nachlaß zuvor zu decken.

Quittung.

Für die Grimmschauer Textilarbeiter gingen ein:
Unterstützungsverein der Kupfer-
schmiede Lübecks 10,— Mk.
Buchdrucker-Verein 15,—
Bereits quittirt 2771,70

Summa 2796,70 Mk.

Expedition des „Lüb. Volksztg.“

Die Gewerbegerichtswahlen

finden am Freitag, den 4. Dezember, in der Zeit von 11-12 Uhr und von 5-8 Uhr statt.

Da in Betreff der Wahlbezirke noch mehrfach Anfragen, namentlich wegen der Grenzen der Quartiere an uns ergehen, so theilen wir hier die Eintheilung soweit die Wahlen der Arbeiter in Betracht kommen, nochmals mit:

Warenhaus Hansa

Grosser Weihnachts-Extra-Verkauf.

Abtheilung: **Kleiderstoffe.**

Kleider-Robe hübsche Nonpette Robe 6 Meter 1.75 M.	Kleider-Robe prima Roben u. Tuchstoffe, Robe 6 Meter 2.70 M.	Kleider-Robe reinwoll. Cheviot, in allen Farben, Robe 6 Meter 6.60 M.
Kleider-Robe prima Zibeline-Stoffe, Robe 6 Meter 6.90 M.	Kleider-Robe englisch Nouveauté-Stoffe, Robe 6 Meter 7.80 M.	Kleider-Robe reinwollene Jacquardstoffe, Robe 6 Meter 10.00 M.
Kleider-Robe Zibeline-Koppe, neuer Geschmack, Robe 6 Meter 12 M.	Blusen-Robe reinwollene gestreifte Neuheiten, Blase 2 Meter 3.90 M.	Oxford-Mädchen-Kleider prima Qualität, Robe 7 Meter 3.60 M.

Bojen **Taschentücher**, garantiert rein Leinen, mit kleinsten Webefeldern Duzend **2.25 M.**

Abtheilung: **Leinen und Weisswaren.**

Prima Hemdentuch i. hübsch. Weihnachts- u. Conf. 10 Mtr. 3.35 M.	Fert. Bettlaken hübsch argem f. d. Weihn. Tisch, St. 2 90, 2 50, 1 80 f. 1.50 M.	Handtücher als Geschenk stets gern gef. u. Gerfent 1/2 Fhd. 4.20, 3 60 f. 2.10 M.
Theedecken mit Franzen, weiss mit Haut 1.95 bis 1.25 M.	Weisse Bettbezüge fert. gen., gestreift u. Damast, 4 50, 4. 3.35 M.	Tischgedecke mit 6 Servietten 11 50, 9 75, 8 75 bis 6 M.
Theegedecke mit 6 Servietten 6 —, 4 70, 3 75 bis 2.10 M.	Weisse Bettdecken m. franz. u. ausgeb. bogt. 8 50, 6 00, 4 50. 1.30 M.	Weisse Kissenbezüge mit Stiderei 2 70, 2 25, 1 95 f. 1.10 M.

Pompadours sehr preiswerth Stief 85, 72, **42** Bg. **Postkarten-Album** für 100 Karten 210 Karten 400 Karten **45 Bf. 1.75 M. 2.70 M.** Werth das Doppelte.

Innen-Dekorationen: „Das süsse Haus“. — Riesen-Tannenbaum mit 100 Glühlampen.

Puppen und Spielwaren in grossen Separat-Räumen.

Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.

Meinem Schwager und Onkel Chr. Liermann zu seinem Geburtstag die besten Glückwünsche.
Rosa Kuhn mal.

Gesucht zum 1. April eine kleine Wohnung von 2 Zimmern in der Nähe Glockengießer- oder Lohberg. Angeben unter P an die Exp. d. Bl.

Suche ein Kind in Pflege zu nehmen am liebsten auf die zweite Milch.
Lauerhofstraße 16, I.

2 Doppelwagen zu kaufen ges. Angebot mit Preisangabe unter S A an die Exp. d. Bl.

Eine fast neue Doppelparkkarte zu verkaufen.
Schwarzenberg 32.

Eine Kinderbettstühle bill. zu verk.
Grosse Gröpelstraße 11, Sinterh.

Eine unterhaltene Kinderbettstühle zu verkaufen.
Krausenstraße 6c.

Verkauf von Spirituosen u. Weine en gros & en detail.
Johs. Beckwisch, Hauptstraße 64.

Wetz-Schaffelle, weich und unzerfärbig, grau und braun, zu Decken und Jagdröcken.

Hirsch-, Reh- und Ziegenfelle als Vorleger

Die Gerberei von Carl Rohde
Lübeck, Hauptstraße 64.
Fabrik: Lauenburg u. Elbe, Kleinbahnstraße.

Prk. holl. Karpfen, hübsche Fädelinge.
Sprotten, Flederlinge, Karpfen empfangt E. Boy, Seefischstraße 3, Behmstraße 16, Markt 84, Fischmarkt 115.

Zum Abschluss von **Feuer-, Unfall-, Haftpflicht- und Lebensversicherungen** für nur ermässigte Gesellschaften empfangt sich A. Boman, Glockenstraße 14

Kreiwillige Kranken- und Sterbe-Kasse
E. H. Nr. 6 in Lübeck.
Generalversammlung
der Frauenvereine
am Mittwoch den 2. Dezember 1903,
Abends 8 1/2 Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung für 1903. 2. Sonstige Angelegenheiten.
Der Vorstand.

Leder aller Art
in bester Gerbung und preiswerth, sowie
Sohlen- und Schäfte-Ausschnitt
zu haben bei
Carl Rohde, Lübeck
Hauptstraße 64.
Filiale: Seitenburg a. Elbe, Reichenstraße.

Feinzeug wird kinder gewaschen und gebleicht bei
E. Schmidt, Unterstraße 79, I.

Der Deutsche Reichstag
1903-1908.

Biographisch-Historiesches Handbuch
von
Joseph Kürschner.
Ermittelte Reichstagsabgeordnete sind nach ihren Photographien abgebildet.
Preis 50 M.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Gross-Weihnachts-Extra-Verkauf
zu ausnahmeweise billigen Preisen
in Zigarren u. Zigaretten.
Nur feinste beliebteste Marken.
Zigaretten-Fabrik
J. K. Propper, Südrstraße 30.

Achtung Werftarbeiter!
Verbands-Versammlung
am Mittwoch den 2. Dez. 1903
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Vorkädtliche Bierhalle
Zur Erinnerung.
Sontag Dienstag Abend 8 1/2 Uhr:
Pellkartoffel-Essen.
Es ladet freundlich ein
Oscar Häring.

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 2. Dezember
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
In dieser Versammlung Schluss der Kinderanmeldung zum Weihnachtsfest.

Spar-Klub So bi litten.
Mittwoch den 2. Dezember 1903
Abends 8 1/2 Uhr
General-Versammlung
bei Louis Klein, Huxstrasse.

Panorama
Dreitestraße 53, 1. Stage.
Diese Woche ausgestellt:
Reise durch das
sächsische Erzgebirge.
Entree 30 Pf., Kinder 20 Pf., 6 Reiter 1 M.
Jeden Tag von 10-10 Uhr geöffnet

Stadttheater
7 1/2 Uhr. Mittwoch den 2. Dezbr. 7 1/2 Uhr.
87 Boff. 10. Mittwochs-Abend.
Johannes.
7 1/2 Uhr. Donnerstag den 3. Dezbr. 7 1/2 Uhr.
Der Strom.
7 1/2 Uhr. Freitag den 4. Dezember. 7 1/2 Uhr.
Zum ersten Male.
Oberon.

Verantwortlich für den Inhalt der Zeitung ist der Herausgeber Dr. Adolf Lüben und Verlagsdirektor Dr. Carl Lüben. Druck und Vertrieb durch die Lüben'sche Buch- und Verlagsanstalt in Lübeck. Preis 10 Pf. pro Quartal. Abonnement für ein Jahr 100 Pf. (Postfrei). Einzelhefte 10 Pf. (Postfrei). Anzeigenpreise sind in der Druckerei zu erfragen. — Druckerei: Lüben'sche Buch- und Verlagsanstalt.

Außen fix und innen f—ehlerhaft.

Das Reich befindet sich in schweren Geldnöthen. Die Welt erwartet mit Spannung den Zusammentritt des Reichstages, der uns Wissenschaft bringen soll von dem, was jüngst die Finanzminister der Einzelstaaten ausgeheckt und neu-entdeckt, was sie gebaut und gebraut haben zur Ueberwindung der unheimlichen Klammer in den Reichskassen. Wenn Geld das wenigste im Hause ist, dann muß Schmalhans Küchenmeister sein. Das gilt überall da, wo man sich nach der Dede streckt und nicht mit erbogendem Glanze austritt. Der Militarismus, der im Reiche zuoberst an der Tafel sitzt, lehrt sich an dieses Gebot nicht. Er wirtschaftet aus dem Vollen, wie mühsam auch die Steuern aufgebracht werden. Wie altwäterisch naiv muthet es uns heute an, wenn wir in einer Chronik des Jahres 1869 von einer November Sitzung der Ersten Kammer des Königreichs Sachsen lesen, in welcher ein Beschluß gefaßt ward gegen den Militäraufwand des Norddeutschen Bundes mit der Begründung: die Militärausgaben Sachsens hätten früher etwas über 1 Million Thaler betragen, und man habe sich über diese Höhe beschwert, und jetzt zahle Sachsen 6 Millionen!

Wie heute für militärische Zwecke, die aber keineswegs immer mit wirklichen Wehrzwecken übereinstimmen, das Geld verpulvert wird, darüber kann man auch in Fachkreisen manchen Spott vernehmen. Kostspielige Schauveranstaltungen verschlingen große Summen. Zu Ehren der sieben militärischen Neupferlichkeiten, die für den Kernwerth des Heeres ganz und gar nichts beweisen, haben die Bürger zu heuern und zu steuern, und das nennt man dann die selbstverständlichen patriotischen Opfer für des Reiches Macht und Herrlichkeit. Ein höherer Militär ist jüngst in einem interessanten Aufsatze auf die Geldverschwendung zu reinen Schauzwecken bei den diesjährigen Kaisermanövern näher eingegangen. Es waren vier Armeekorps zusammengezogen worden, die nach dem Urtheil aller militärischen Sachverständigen sich in ihrer Thätigkeit in durchaus unzulässiger Weise von dem Ernstfalle haben entfernen müssen. Es war alles schaupielerisch angeordnet. Man hatte große Landflächen geraume Zeit vorher gepacktet und sie sein geerntet und mit besondern Regen versehen. Das kostete nicht nur viel Geld; es war auch ein Herrbild rechter Kriegsverhältnisse, in denen man das Gelände halt nehmen muß, wie's just liegt. Ueberall gingen den Manövern große Paraden voraus. Die Manöver selber dauerten fünf Tage statt der früheren vier. Bei den Manövern war eine vollständige Bühnenleitung erkennbar; alles ging nach dem Schminkeplan; man wußte, wann und wo die neuerlich unvermeidliche große Kavallerie Attacke stattfinden würde, man kannte den Verlauf der „Gefechte“ vorher genau und wußte am letzten Tage früh schon, wann der große Kampf zu Ende und wer der „Sieger“ sein würde. Es wurden die schwersten Anforderungen an die Truppen gestellt, aber nicht zum Vortheile wirklicher Beranschaulichung des Krieges und Erhöhung der Kriegstüchtigkeit, sondern für Paradezwecke. Die 90 Schwadronen bei Kopsbach haben bei ihrem Stürmen über eine 10 Kilometer lange Felderstrecke Kulturen zerstampft, die der Fiskus bezahlen muß.

Große Ausgaben für Duzszwecke militärischer Art erfordern auch die zahlreichen Festelichkeiten, bei denen jedes Mal eine große militärische Macht- und Prachtentfaltung stattfindet. Als jüngst wieder einmal Denkmäler im Berliner Tiergarten enthüllt wurden, war die Fete eine aus schließlich militärische. Man sollte meinen, die Soldaten, die in Berlin stehen, müßten zu solchen Schauzwecken ausreichen. Nein, mit bedeutenden Kosten wurde auch noch Infanterie aus Potsdam und Kavallerie gar aus Westpreußen herangezogen. Jüngst machte der Jar eine mehrstündige Stippvisite von Darmstadt aus in Wiesbaden, die von den Gebiethenpähern und Gesichtsträgern und denen, die bei jeder Fürstenzusammenkunft Schauer unendlicher Ehrfurcht

überlaufen, zu einem hochbedeutsamen Ereignisse aufgeplustert wurde. Auf daß das Auge des Jaren sich weidlich und fattsam an deutschen Truppen ergötze, wurden aus estlichen Bezirken des Landes Soldaten gen Wiesbaden entandt. Eine Schwadron in Kriegshäute mit dem Trompetenkörper kam von Baberborn; eine Kompanie Infanterie mit dem Regimentskommandeur, der Regimentsmusik und 16 Fanfarenbläsern zog von Berlin heran; und der ältere Jahrgang der Infanterie einer ganzen Division mußte aus Mainz nach Wiesbaden eilen. Cui bono — wem zum Nutzen? Zu welchem ersten Zweck alle diese kostspieligen Aufwendungen? Der lateinischen Frage die lateinische Antwort: Pro nihilo — für nichts.

Sollte es nicht endlich an der Zeit sein, daß man im Reichstage sich dem Wirtschaften aus dem Vollen für militärische Zwecke, die, wie gesagt und bewiesen, keineswegs immer auch wirklicher Wehrhaftigkeit dienen, etwas schärfer entgegengestellt als bisher? Muß denn der klaffende Widerspruch in voller Breite bestehen zwischen der ungünstigen Wirtschaftslage großer Schichten der Bevölkerung und der scharfen Anspannung der Steuerfahne, der schweren Belastung des Verbrauchs der kleinen Leute einerseits und dem Luxus der militärischen Schaustellungen andererseits? Wir sollten meinen, es läge aller Anlaß vor, statt den äußeren Glanz der Truppen übereifrig zu pflegen, sich mit den inneren Zuständen des Heeres recht ernst und weise zu beschäftigen. Es wäre sehr zu empfehlen, das schwere Uebel der Soldatenmishandlungen nach Möglichkeit einzudämmen und solchermaßen eine reiche Quelle scharfsten Mißvergnügens in der Armee und über die Armee zu verstopfen. Es läge auch recht nahe, den Verhältnissen im Offizierskorps eine größere Aufmerksamkeit zu widmen und die Frage „Jena oder Sedan?“ nicht nur als müßiges Gerede nörgelhafter, „heeresfeindlicher“ Leute hinzustellen. Die Thatsache, daß eine Offizierfrage besteht, die mancherlei Trübes in sich vereinigt, kann nicht mehr bestritten werden.

Es ist keine Kleinigkeit für die Entwicklung eines Heeres, wenn die Unlust gegenüber seinen inneren Zuständen im Volke und im Heere selber sich so auffällig und rasch steigert, wie dies bei uns der Fall ist. Die beispiellose Erbarmlosigkeit, die man bei uns dem Offizierskorps angedreht hat, muß die scharfste Kritik auslösen, wenn man erst dahinter gekommen ist, wie die Dinge in Wirklichkeit vielfach aussehnen. Wir glauben also, so schließt die linksrheinische „Berl. Ztg.“ ihre obigen treffenden Ausführungen, es läge mehr im Interesse der Armee, sie innerlich sorgsam zu pflegen, zu heben und da, wo es noth thut, sie zu bessern, als ihren äußerlichen Glanz immer mehr zu polieren auf Kosten der schwer belasteten Steuerzahler.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Schriftgießerei von Wagner in Störtebuck bei Leipzig mit einem Personal von neun Gießern und fünf Arbeiterinnen hat die Forderungen der Schriftgießerei bewilligt. Die verkürzte Arbeitszeit ist ohne Verzug zur Durchführung gebracht. — In Dessau wurden bei der Firma Bader sämtliche Former ausgeperrt. — In Nürnberg legten 47 Stukkateure der Firma Faubert u. Lang die Arbeit im Theaterbau nieder wegen Differenzen mit dem Geschäftsführer. Dieser versucht nun für die Kobitarbeiter Spanner und Puffer von auswärts heranzuziehen. Vor Zugug wird gemarnt.

Stellungnahme zu den preussischen Landtagswahlen. Der Sozialdemokratische Verein in Halle a. S. nahm nach eingehender Diskussion folgende Resolution an: „Die Landtagswahlen haben gezeigt, daß die Eroberung von sozialdemokratischen Mandaten aus eigener Kraft und mit Hilfe von Wahlbündnissen unmöglich war und auch für die Zukunft nur in beschränktem Maße und nur vielleicht möglich werden wird. Die Frage, ob die Arbeiterklasse sich auch

in Zukunft an den Landtagswahlen betheiligen soll, wird deshalb davon abhängen, ob der Nutzen der allgem. einen Wahlagitator für werthvoll genug gehalten wird, das Opfer an Zeit und Arbeit aufzuwenden, das die Wahltheilnahme erfordert.“

Für den **Achtstundentag** hat sich in einer Rede beim Stiftungsfeste der Universität Heidelberg der derzeitige Prorektor Geh. Red. Czerny ausgesprochen. In einer Betrachtung über die Ueberbürdung der Gymnasialisten bemerkte er beifällig, das Normale für jeden Menschen seien 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung, 8 Stunden Schlaf.

Die **modernen Verkehrsmittel** müssen ebenfalls in den Dienst der sozialdemokratischen Agitation gestellt werden — von dieser Ansicht ging der Sozialdemokratische Verein Schwabach aus, indem er sich dafür erklärte, daß zum Zwecke der Agitation in den Gegenden des Wahlkreises, wo schlechte Verkehrsverbindungen herrschen, ein Motorrad anzuschaffen sei.

Wenn die **Zuchthausvorlage Gesetz** geworden wäre und auch auf Arbeitgeber Anwendung fände, dann stünden jetzt einem Theile der Crimmitschauer Textilproben die Thore des Zuchthaus offen. Ein günstiger Wind hat unserm Lützenburger Bruderblatt nämlich das nachstehende Zitatler auf den Tisch geweht:

Crimmitschau, den 19. November.

Herrn Julius Donath, Schmolln.
Unter höchster Bezugnahme auf die heute mit Ihnen gehabte telephonische Unterhaltung richten wir wiederholt das ergebene Ersuchen an Sie, bei den dortigen Industriellen dahin zu wirken, daß ausländische Textilarbeiter von Crimmitschau in dortigen Betrieben nicht beschäftigt resp. wieder entlassen werden.

Es ist uns heute aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt worden, daß eine größere Anzahl Crimmitschauer Arbeiter dort aufgenommen worden sind. Wir sprechen die Erwartung aus, daß Sie unserm Wunsche entsprechen werden und sehen Ihrem diesbezüglichen Bericht gern entgegen und zeichnen

Hochachtungsvoll
Arbeitsnachweisstelle des Spinner- und Fabrikantenvereins Crimmitschau.

Welch eine bodenlose Frechheit liegt in diesem armathenden Vorgehen? Weil die Arbeiter sich den Bedingungen der Fabrikanten nicht fügen wollen, von denen sie zum Theil ausgeperrt wurden, deshalb sollen sie nirgends mehr Arbeit finden, der Hunger soll sie, um Arbeit bettelnd, den hohnlachenden Crimmitschauer Emporkömmlingen in die Arme treiben, die dann fürchtbare Rache nehmen würden! Das Rechtsgefühl eines jeden anständigen Menschen muß sich empören, ob diesem unerhörten Vorgehen der Textilproben, die wohl nachgeben können, die das aber einfach nicht wollen. Diese Art der Kriegführung muß die Crimmitschauer Kämpfer erst recht zum Widerstand auffachen, solchen Gegnern Rücksicht entgegenbringen, wäre ein Frevel an der gesamten Arbeiterklasse. Und diesen Frevel werden die Crimmitschauer Arbeiter gewiß nicht begehen. Uebrigens glaubt unser Bruderblatt nicht, daß diese dreiste Zumuthung Erfolg hatte, die Industriellen in Schmolln sind so unabhängig, daß sie nicht nöthig haben, dem Crimmitschauer Fabrikantenthum Handlangerdienste zu leisten.

Wieder eine Erpressungsaufgabe gegen organisierte Arbeiter wurde am 27. November vor der Strafkammer des Landgerichts II. in Berlin verhandelt, und zwar hat sie das besondere Interesse, daß hier ein Mitglied der Ahtzehlnerkommission der Maurer sich wegen seiner vermittelnden Thätigkeit zu verantworten hatte. Am 19. Juni 1903 kam es auf einem Bau des Bauunternehmers Spiegel zu Differenzen zwischen dem Maurerpolier Reichert und dem Maurer Friße, in deren Verlauf Friße entlassen wurde. Seine Kollegen maßten die Schuld an den

Das Vermächtniß des Bedlars.

(Folge des Romans: „Der Bedlar“)
Von Otto Kuppius.

(41. Fortsetzung.)

„Ein Wortgage von 30000 Doll. ist keine Bagatelle, lieber Herr Murphy, und mich wundert allein, daß er nur zwei und nicht nochmals acht Tage Zeit sich ausbedungen hat.“ erklärte Griswald weiter. „Lassen Sie diese zwei Tage ruhig verstreichen, und dann werde ich ihm mit der Anzeige auf den Leib rücken, daß Sie mich, als seinen Advokaten, von der nach Verlauf der nächsten zwölf Stunden stattfindenden Einreichung Ihrer Klage benachrichtigt hätten. Sie sollen sehen, wie das ziehen wird!“

„Wenn ich nur den Menschen mit seiner Forderung vom Halse hätte.“ sagte Murphy, in seinen Haaren wühlend, und erhob sich. „Ich habe ihn für heute wieder bestellt, um ihm, sollte es auch mit tausend Dollars sein, die er am Ende verdient hat, den Mund zu stopfen. Er ist im Stande, mich zu blamiren, wenn er von einer neuen Forderung hört.“

„Alles zu übereilt, Sir; warum nicht vierzehn Tage für mögliche Zwischenfälle rechnen? Er hätte auch bis dahin gewartet. Wie aber die Sachen jetzt stehen, so kümmern Sie sich nicht um das, was Sie Blamage nennen. Sehen Sie irgend eine verdächtige Maßregel seinerseits, so lassen Sie ihn als Negerdieb festnehmen und bezeichnen alle Sie kompromittierenden Angaben des Menschen als Lügen. Wir werden dann kurzen Prozeß mit ihm machen.“

„Ich muß versuchen, wie sich ein Arrangement ohne zu viel Aufsehen machen läßt.“ versetzte Murphy nach der Thür gehend; „ich sehe Sie Nachmittags wieder, Sir!“

Vor der Thür des Hotels läutete einer der schwarzen Aufwärter die Mittagsglocke, als der junge Advokat aus der Office trat, und dieser nahm seinen Weg dem Hause nach. Er hatte sich kaum, mit seinen Gedanken beschäftigt, an der

Mittagsstapel niedergelassen, als ihm von der andern Seite des Tisches ein Teller entgegengereicht wurde. „Etwas Huhn, Mr. Murphy?“ hörte er eine bekannte Stimme; ich hoffe, Sie freuen sich, Ihren alten Freund Wells hier zu sehen.“ Murphy warf nur einen Blick nach dem Sprechenden und ergriff das Dargereichte mit einem kurzen: „Danke Ihnen, Sir.“ Ohne ferner aufzusehen, verzehrte er sein Mahl, erhob sich dann und winkte seinem Gegenüber mit dem Kopfe. Beide gingen schweigend nach Murphys Zimmer hinauf.

„Ich muß Ihnen sagen, Seifert.“ begann der Advokat, als er die Thür geschlossen, „daß wenn wir ein Geschäft machen wollen, Sie mich nicht in dieser Weise drängen dürfen. Ich komme soeben von einer Berathung mit einigen andern Advokaten, und es ist die Gewährung einer neuen Frist für die Zahlung eines Abstandsgebeldes als das Beste erkannt worden. Dergleichen Dinge lassen sich nicht über das Knie brechen!“

„Sehr schön, lieber Herr.“ entgegnete Seifert mit einem höflichen Lächeln; „ich dränge Sie durchaus nicht, wenn Sie mich nur sicher stellen wollen, daß ich — Sie entschuldigen, wenn ich geradeaus rede — daß ich um meinem Antheil am Geschäft nicht betrogen werde. Bei unserer ersten Unterredung meinten Sie, es werde gar nichts für mich abfallen, bei unserer zweiten ließen Sie die Hoff- auf tausend Dollars oder etwas Aehnliches blicken und bestimmten den heutigen Tag als den letzten zu einer Ausgleichung. Heute ist ein neuer Aufschub eingetreten, und wenn ich jetzt fünfthausend Dollars forderte, würden Sie mir dieselben wahrscheinlich unter der Bedingung zusagen, zu warten — bis Sie Ihr Geld in der Tasche haben und der Seifert mit langer Nase abziehen kann. Ich habe Alles das vorausgesehen, lieber Herr, und mich deshalb genügend bedacht. Ich stelle Ihnen jetzt zwei Propositionen. Entweder führen Sie mich noch heute Nachmittags bei Mr. Elliot ein und stellen mich diesem als Bevollmächtigten Ihrer Klienten vor, an welchen er in Ihrem Beisein das stipulirte Ab-

standsgehd zu entrichten hat — oder Sie zahlen mir heute noch fünftausend Dollars in Gold oder in verkauften Papiere.“

„Und wenn ich keins von Beiden thue?“ fragte Murphy, die Arme verschränkend.

„Dann werde ich meinen eigenen Weg gehen und mich selbst ein Abstandsgehd verschaffen, so hoch als mir gut dünkt.“

„Thun Sie das!“ erwiderte Murphy mit Hohn.

„Thun Sie das!“ ahnte ihm Seifert nach; „mit welcher Leichtigkeit Sie das ansprechen. Sie glauben also wirklich den Teufel ungestraft betrügen zu können, und ich hatte Sie doch vor dem Versuch gewarnt. Ich sehe wohl, ich muß meine Karten auflegen. Wir haben den Erben beiseitigt, das ist richtig, Sir.“ fuhr er fort, ebenfalls die Arme in einander schlagend; „wie wäre es denn aber, wenn ich mir besagten Erben zu meiner Privatdisposition lebendig in irgend einem Eckchen der Welt aufbewahrt hätte, wenn ich jetzt zu Mr. Elliot ginge und ihn fragte: Was geben Sie mir, wenn ich Sie mit einem Male aus Ihrer jetzigen Gefahr erlöse? Wie wäre das wohl, Mr. Murphy?“

Der Advokat holte sich einen Augenblick versetzt. „Ich halte Sie für vollkommen fähig, die Komödie von einem auferstandenen Erben in Szene zu setzen.“ sagte er dann kalt. „Sie müssen aber nicht glauben, Sir, Leute damit zu schrecken, welche den Hergang der Dinge und Sie selbst kennen.“

„Ja das Ihr letztes Wort, Sir, auch wenn ich Ihnen sage, daß es sich nicht um eine Komödie, sondern um eine wirklich vorhandene Person handelt?“

„Ich lasse mich, Drohungen gegenüber, auf nichts ein, Mr. Seifert. Kommen Sie noch acht Tagen in einer vernünftigeren Weise zu mir, so hoffe ich, tausend Dollars für Sie bereit zu haben.“

Seifert sah ihm eine Sekunde lang scharf ins Auge.

Streitigkeiten dem Polier bei, waren überzeugt, daß dieser sie abfällig herbeigeführt hätte, um Frise zu maßregeln und legten die Arbeit nieder. Auf ihre Veranlassung erschien das Mitglied der Schlichtungskommission Fritz Busse, und es gelang ihm, nachdem auch der Bauunternehmer Spiegel eingetroffen war, einen Vergleich herbeizuführen, wonach Frise wieder eingestellt werden und die Arbeit von allen wieder aufgenommen werden sollte. Als Busse dies den Maurern mitteilte, waren sie damit nicht zufrieden, verlangten vielmehr Entschädigung für einige Stunden, die sie auf Spiegel hatten warten müssen, weil der Polier sich nicht für Befugte zu Abmachungen gehalten hatte. Busse theilte dies in ihrem Auftrage dem Spiegel mit, der diese Forderung scharf ablehnte; er sprach dann nochmals mit den Kollegen, die nicht von ihrem Anspruch ablassen wollten, und dann wieder mit Spiegel. Er setzte diesem auseinander, daß die Kollegen fest entschlossen wären, ohne Bewilligung der Forderung nicht weiter zu arbeiten, und soll dabei auch gesagt haben, daß das zur Sperre des Baues führen würde. Als Spiegel endgültig bei seiner Weigerung blieb, begab sich Busse wieder in die Baubude, wurde aber, noch ehe die Maurer sich hatten schlüssig machen können, ob sie nicht doch ihre Forderung fallen lassen wollten, durch Spiegel vom Bau verwiesen. Dies entrüstete wieder die Maurer so, daß sie nun sofort den Bau verließen und den Streik proklamierten. In den nächsten Tagen sollen einmal Frise und einmal Busse einige Maurer, die dem Verband angehörten, aber noch dort weiter arbeiteten, darauf hingewiesen haben, daß sie den Ausschluß aus dem Verbands zu gewärtigen hätten. Deshalb wurden Busse und Frise aus § 153 der Gewerbeordnung wegen Drohung angeklagt, Busse auch, weil er durch seine Besprechungen mit Spiegel diesem gegenüber einen Erpressungsversuch begangen haben sollte, indem er durch die Androhung einer möglichen Sperre diesen hätte bestimmen wollen, den Maurern den „rechtmäßigen Vermögensvortheil“ einer Entschädigung für die Wartezeit zuzubilligen. In der Hauptverhandlung ergab sich der Thatbestand nach den fast übereinstimmenden Aussagen der Angeklagten und der Zeugen, wie angegeben. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden Angeklagten wegen Gewerbevergehens zwei Wochen Gefängnis, gegen Busse, falls man ihn wegen Erpressungsversuches bestrafen wollte, was er bestrafen sollte, noch drei Wochen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Holzgang H e i n e wendete sich gegen die ausdehnende Auslegung des Wortes „Drohung“. Zwischen den Mitgliedern des Verbandes bestünde ein Vertragsverhältnis, daß nach bürgerlichem Recht als Gesellschaftsvertrag anzusehen wäre. Der Vorsitzende sprach beide Angeklagte gänzlich frei, indem er sich im Wesentlichen den Ausführungen des Verteidigers anschloß.

Eine große Protestversammlung der Darmstädter Eisenbahn-Beschäftigten hat Stellung genommen zu den bekannten Maßregelungen. Die gemäßigten Vorstandsmitglieder Rais, Maurer und Schmidt schiederten, daß sie lediglich deshalb auf die Straße geworfen wurden, weil sie von ihrem staatsbürgerlichen Recht, sich gewerkschaftlich organisieren zu dürfen, Gebrauch gemacht hatten. Erregten diese Schilderungen schon allgemeines Unwillen, so wurde die Versammlung geradezu dramatisch bewegt, als eines der Dapper-Buddes die Art und Weise, wie der Bauinspektor Scher die „Organisieren“ habe „ermitteln“ lassen, schilderte. Wie ein Mann erhoben sich die Versammelten zum Zeichen der Sympathie und Solidarität mit den Gemäßigten von ihren Plätzen. Erregte diese Kundgebung schon die große Bewunderung der beiden ausdrücklich eingeladenen Betriebsbeamten — wätere vier oder fünf ungeladene erschienenen Beamten war die Thier gesehen worden —, so sperrten die Herren erst recht Augen und Ohren auf, als ein Eisenbahnarbeiter, der im Evangelischen Arbeiterverein eine hervorragende Rolle spielt, die Maßregelungen ausführlich verurteilte. Das sind die Folgen des Buddismus: die Arbeiter, die jetzt noch getrennt und vielfach sogar als „feindliche“ Brüder marschieren, wurden durch die Macht brutaler Thatsachen zu der Erkenntnis gebracht, daß sie zusammen gehören. Die Maßregelungen in Darmstadt haben Wunder bewirkt: die Versammlung wurde in Segensart der Beamten mit einem begeisterten Aufschwung hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen!

Die Arbeit. In Weihnachtszeit erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, „Die Arbeit“, reich illustrierte Arbeiter-Zeitung in Zweifarbendruck. Der zweispaltige Charakter der Arbeit hat Text und Illustrationen verbunden: Die Arbeit als Befreiung der Menschheit. Die Arbeit als Kunst und Spiel der Menschheit. Unter den Illustrationen zeigt uns das prächtige Bild des Bahnbrechers der modernen menschlichen Kultur: Mikis „Kann mit der Feder“, den

durch uneingeschränkte Ausbeutung und übermäßige Arbeit zum blöden Thier erniedrigten Arbeiter, während Stassens wirkungsloses Titelbild die durch den Sozialismus zur Befreiung der Menschheit erhobene Arbeit veranschaulicht. Von den Textbeiträgen heben wir hervor: „Die Arbeit“, Gedicht von Clara Müller. — „Die Schmitzblätter“ von E. Rosenow. — „Die Organisation“ von E. Legien. — „Streiks und Lohnkämpfe 1903“ von A. Braun. — „Frauenarbeit“ von Louise Fierz. Der Preis für das in zwei Farben gedruckte Heftblatt beträgt 10 Pfennig. Die bis zum 10. Dezember eingehenden Bestellungen werden vor Weihnachten erledigt. Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Aus Nah und Fern.

Ein besangener Richter. In einer Privatbeleidigungsklage war der verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, Genosse Zander, vom dortigen Schöffengericht zu 300 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden. Das ist an sich nichts Auffallendes und bei einem sozialdemokratischen Redakteur kaum der Rede werth. Was dieses Urtheil aber für weitere Kreise interessant macht, ist seine Begründung. In den von dem Amtsgerichtsrath Rüdert als Vorsitzenden dieser Abtheilung abgefaßten Gründen heißt es am Schluß: Bei der Schwere der Beleidigung (es handelte sich um einen Angriff auf einen Herausgeber einer sogenannten Protest- und Manifestantenliste, die geeignet ist, dem Kläger nicht nur die Ehre abzuschneiden, sondern ihn auch gesellschaftlich unmöglich zu machen und geschäftlich schwer zu schädigen, erschien eine erhebliche Strafe angemessen. Jedoch ist von einer Freiheitsstrafe mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Beklagten (!) und auf die Leichtfertigkeit, die in der von ihm vertretenen politischen Partei in Beziehung auf die Ehre der Mitmenschen üblich und hergebracht ist, noch abgesehen worden. Dieser Milderungsgrund erschien Genossen Zander doch etwas bedenklich und so noch eine zweite Privatbeleidigungsklage gegen ihn schwebt, so zweifelte er durch seinen Anwalt die Unbefangtheit dieses Richters an. In seiner Beschwerdeschrift an das Landgericht führte der Anwalt aus, daß der Standpunkt dieses Richters geeignet sei, in solchen Fällen Mißtrauen gegen seine Unparteilichkeit zu rechtfertigen, in denen ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei von ihm abzuurtheilen ist. Einem solchen Angeklagten steht von vornherein die Ansicht des Richters entgegen, daß er — als Angehöriger einer mit der Ehre der Mitmenschen leichtfertig umgehenden Partei — selbst leichtfertig auf die Ehre der Mitmenschen sei. Diese Ansicht, die, wie keiner Ausföhrung bedarf, unbegründet ist, kann in dem einen Fall wohl zur Strafminderung, in einem andern Falle aber zur Straferhöhung, führen. Es bestche aber auch weiter die Gefahr, daß bei der Frage nach dem Vorhandensein einer strafbaren Beleidigung überhaupt von dem eingenommenen Standpunkt aus leicht Konsequenzen gezogen werden können. Das gilt besonders bei der thatsächlichen Feststellung des subjektiven Thatbestandes der Beleidigung: Der Richter, der von vornherein überzeugt ist, der Angeklagte sei — als Angehöriger einer bestimmten Partei — leichtfertig in Beziehung auf die Ehre der Mitmenschen, wird vielleicht leichter dazu kommen, das Bewußtsein beim, die Absicht der Beleidigung anzunehmen, als derjenige Richter, der gegen den Angeklagten eine solche vorgefaßte Meinung nicht hat. Die Strafkammer III des Landgerichts zu Frankfurt a. M. ist dieser Auffassung vollinhaltlich beigetreten und hat den genannten Richter für die Aburtheilung von Sozialdemokraten für besangener erklärt. Das kommt in der deutschen Justiz nicht allzu oft vor. In der Begründung dieses Beschlusses heißt es: daß die oben angeführten Erwägungen thatsächlich geeignet seien, die Sorgfalt der Befangenheit dieses Richters zu begründen. Der Angeklagte gehöre der sozialdemokratischen Partei an. Die Zugehörigkeit an sich rechtfertige aber nicht die Annahme, daß er als Mitglied dieser Partei alle deren Maßnahmen und Erörterungen billige. Aus der Zugehörigkeit des Angeklagten zur sozialdemokratischen Partei allein sei nicht zu folgern, daß ihm ein Hang zu beleidigen innewohne. Dieser Entschluß ist insofern von Wichtigkeit, als in Zukunft jeder angeklagte Sozialdemokrat das Recht hat, diesen Richter als besangener abzulehnen. Gewiß ein seltener Fall, daß ein Richter in solcher Weise rethorisiert wird.

Ein freimüthiger Wahlschwindel vor Gericht. Vor dem Schöffengericht Nürnberg hatte sich am Mittwoch der verantwortliche Redakteur der „Frankf. Tagespost“, Genosse Eberhard, wegen Beleidigung des freimüthigen Gemeindevorstandes Käse, des Vorsitzenden des Orts-

verbandsausschusses der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaft, zu verantworten. Dieser Fall bildet ein Nachspiel zu der Reichstagswahlbewegung und hat folgende Vorgeschichte: Am 11. Mai war in Nürnberg Gewerkschaftswahl. Dort hatten die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften an das Gewerkschaftsamt das Ansuchen gestellt, ihnen je zwei Beisitzer und Hülfsschlichter auf dem Wege eines freiwilligen Proporz zu gewähren. Die Gewerkschaften waren zu einem Entgegenkommen bereit, wollten aber nur je einen Beisitzer und Hülfsschlichter abtreten, wie es der Stimmenzahl entsprach, die die Gewerkschaften im Bunde mit dem übrigen Gewerkschaftsrichtungen bei der letzten Wahl aufgebracht hatten. Damit waren die Herren aber nicht zufrieden und traten mit den Christlichen und sonstigen Sonderkämpfern selbstständig in die Wahl ein, die ihnen eine eklatante Niederlage eintrug. Sie brachten nur 471 Stimmen gegen 7613 Stimmen auf, und unter diesen 471 Stimmen befanden sich noch viele von modernen Gewerkschaftlern, die sich durch ein von den Hirschen in letzter Stunde ins Werk gesetztes Wahlmanöver hatten täuschen lassen. Diese hatten nämlich am Abend vor der Wahl noch eine Wahlliste verbreitet, auf der sich neben den Namen der Gewerkschaftler auch eine Anzahl Namen von bekannten Gewerkschaftsführern befanden, die der des Vorsitzenden der Aufsichtsstelle des Arbeitersekretariats, eines sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten u. d. d. Diese Wahlliste konnte nur ein Werk beabsichtigter Täuschung sein, um den Glauben zu erwecken, daß es sich um eine Liste der Gewerkschaften handle. Um den Streich zu parieren, wurde am Wahltag ein Flugblatt verbreitet, worin vor diesem Manöver gewarnt wurde. Nach der Wahl suchte der Ortsverbandsausschuß in einer von dem Vorsitzenden Käse unterzeichneten Erklärung seine Niederlage zu beschönigen, indem er dem unerhörten Terrorismus die Schuld gab, der von den Gewerkschaftlern in den Wahllokalen gegen die Hirschen angeblich verübt worden sein soll. So wurde u. a. behauptet, daß einem Hirsch-Dunderianer vor den Schlichterwerken von einem Gewerkschaftler ins Gesicht gespuht worden sei. Auf eingezogene Schuldigungen hin erklärte die „Frankf. Tagespost“ dies als Unwahrheit und bemerkte, die Hirschen hätten fürchterlich aufgeschrien, was sie behaupteten, seien infame Verleumdungen, die wackeren Steifleinen hätten mehr als einmal nach dem Schutzmann geschrien, doch habe die Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten gefunden. Darauf ruhte die Politik, bis in der Reichstagswahl-Agitation die „Freie Ptg.“ die Geschichte wieder aufwärme und die ganze bürgerliche Presse damit gegen unsere Partei krebste. Nun stellte die „Frankf. Tagespost“ nochmals die Unwahrheit dieser Behauptungen fest und warf Herrn Käse vor, daß er sich der wissenschaftlichen Verbreitung einer Wahllüge schuldig gemacht habe. Käse stellte deshalb Klage und bezog auch die in dem ersten Artikel enthaltenen, oben angeführten Aeußerungen auf sich. In der Verhandlung wurde erwiehelt, daß niemandem ins Gesicht gespuht worden ist. Am Wahltag Mittags verließen einige Gewerkschaftler mit einem Hirsch-Dunderianer die Fabrik, als vor dem Thore gerade das Flugblatt verbreitet wurde. Einer der letzteren hielt das Flugblatt dem Gewerkschaftler vor und machte ihn auf den Wahlschwindel seiner Genossen aufmerksam, wobei er ihm mit dem Flugblatt über das Gesicht fuhr. Der angeblich Angepuckte erklärte ausdrücklich, daß er nicht angespuht worden sei, im Verlaufe der Auseinandersetzung sei ihm nur ein kleiner „Spritzer“ ins Gesicht geflogen, da der Betreffende, wenn er redet, geistert. Käse wurde darauf aufmerksam, daß das Anspucken von dem „Angepuckten“ selbst bestritten wurde, aber trotzdem lieferte er dem Gewerkschaftler das Material zu dem Artikel und that nichts, um die Aufnahme zu verhindern. Trotz dieser Feststellung wurde Eberhard zu 60 Mk. Geldstrafe verurtheilt, da er in der Form der Abwehr zu weit gegangen und nicht anzunehmen sei, daß Käse wider besseres Wissen die Unwahrheit verbreitete.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend in Magdeburg auf dem am Terrain der Güterabfertigungsstelle gelegenen Budersteiger. Mehrere hundert gefüllte Buderfäße, zu einem hohen Stapel aufgerichtet, kamen ins Wanken und begruben zwei Steuerbeamte unter sich. Der Steueraufsichters Traugott Liebsch blieb auf der Stelle todt. Der Hülfsteuerbeamte Andreas Thielmann erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht.

Vertrauensausgesprochen.

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeführt wurden 270 Stüd. Preis: Sengschweine — Mk., Bergschweine, schwere 47—49 Mk., leichte 47—49 Mk., Sauen 38—46 Mk. und Ferkel 42—46 Mk. 100 Stück.

„Sie glauben mir nicht — very well! Nehmen Sie dann auch die Folgen auf sich.“
Er isthe bedächtlich seinen Hut auf den Kopf und schritt aus dem Zimmer; er sah nicht zurück, als ihm Murphy die Treppe hinauf folgt, und wanderte, als er das Hotel verließ, geschäftlich der Straße hinan.
Der Absolut war einige Schritte in den Vorraum getreten, um Grünsow, wie jeden Tag in der Stunde nach Mittag, kundenfroh stand, und zog diesen nach dem anstehenden Zeitplan. Eine lange Weile waren Beide im stillen Gespräch. „Wir machen den Menschen sofort unglücklich, das ist das Grünsow, was man hinter seinem Rücken etwas sagen oder nicht?“ rief er mit Grünsow; „wunder Sie, bis ich den Richter zum Bis, es dauert nur zwei Minuten. Unter Mann, welcher den Scherenschnitt hat jetzt beobachtet hat, geht mit einem Befehlsschrei nach unten hin, falls er diesen Weg eingeschlagen haben sollte, und Sie gehen mit der gleichen Bekanntheit nach unten.“ Sie für heute zu verziehen des Scherenschnitts, und Sie sind jeden Sie, bis es sich um einen Angerich handelt, nicht mehr über.“
Der alte Absolut verstand nach Murphy den Gang nach dem Zimmer.
Schert war ins Freie gelangt und blieb unter einer beständigen Hitze mit Bedacht stehen. Daß jetzt sich die große Straße an Zimmer und Platanen wieder streifen durch das Thal. Rechts führt ein schmaler Fußweg in den Wald hinein, den Schert zu. Schert nahm den Hut ab, wusch sich die Stirn und sah die hellen, karmoisinrothen Straße hinan; mit einem kurzen Kopfschütteln wandte er

sich dann dem Wege rechts zu und hatte bald ein schattiges Laubdach zwischen sich und der Mittagssonne. Ohne auf seine Umgebung zu achten, wanderte er vorwärts; dann und wann zuckte es wie ein bitteres, höhnisches Lächeln über sein Gesicht, und erst nach einer Stunde, als vor ihm aus einem Nebenwege ein Reiter in seine Straße einbog, sah er auf und beobachtete mit aufmerksamen Blicken die in der nächsten Biegung des Wegs wieder erscheinende Erscheinung. Er begann hastiger zu schreiten und nach Verlauf der nächsten halben Stunde machte ein einsames Haus vor ihm auf. An dem Pfahle vor der Thür stand ein gestalltes Pferd angezogen. Seifert hielt seinen Schritt an und schenkte mit sich Rath zu pflegen; bald aber ging er mit einem Kopfschütteln, als wolle er ein aufsteigendes Bedenken besichtigen, wieder vorwärts. Kurz vor dem Hause mündete ein schmaler, steiniger Fußweg in der Straße aus — hier bog Seifert ein und ein Zug von Spott legte sich über sein Gesicht, als das Haus hinter dem letzten Gebüsch verschwand war.
Zwei Minuten mochte er ruhig weiter geschritten sein, als er plötzlich den Schlag einer Hand auf seiner Schulter fühlte. „Seifert, ich verhafte Sie im Namen des Gesetzes!“ rief er in seine Ohren; aber mit einer kräftigen Wendung war er fort und stand seinem Gegner Aug in Aug. „Ah — Mr. Murphy — auf diese Weise also!“ rief er sich aus dem Munde des Angeschickten, „wollen Sie mir wohl noch einmal sagen, was Sie wünschen?“
„Ich nehme Sie jetzt auf Grund dieses Verhaftbefehls,“ erwiderte der Absolut, ein Papier aus der Tasche ziehend und sein Gesicht zu einer festeren Gestalt zwingend,

„und rathe Ihnen wohlmeinend, weder Widerstand zu leisten, noch einen Versuch zur Flucht zu machen!“
„Und was ist mein Verbrechen?“ fragte Seifert, die Hand nachlässig in die Brusttasche steckend.
„Ich habe Ihnen nichts darauf zu antworten; ich handle nur auf Befehl des Richters in meiner Eigenschaft als Deputy-Sheriff.“
„Jedenfalls als ziemlich neugeborener!“ erwiderte Seifert bleich, aber ohne sein höhnisches Lächeln zu verlieren. „Das ist also die Art, wie man hier zu Lande unbehagliche Personen befestigt. Trotz alledem, Herr Deputy-Sheriff, rathe ich Ihnen, umzukehren und den Seifert ruhig seines Wegs gehen zu lassen. Sie wissen aus Erfahrung, daß er für jeden Zug gegen ihn sich immer doppelt gedockt hat!“ Er warf einen raschen Blick über die nächsten Gebüsch und machte eine Wendung, um sich zu entfernen; aber die Hände eines Revolver, welche ihm plötzlich aus Murphy's Hand entgegenkarrten, hielten ihn still.
„Nehmen Sie Schritt, Sir, wenn Ihnen Ihr Leben lieb ist!“ rief der Absolut.
Das höhnische Lächeln in Seiferts Gesicht ging in Verzerrung über; seine Hand fuhr mit Witzeschnelle aus der Brusttasche, ein Schuß knallte — und Murphy stürzte mit einem Aufschrei rücklings zu Boden. Der Kampf verzog sich und Seifert stand, mit vorgebogenem Oberkörper die stieren Augen auf den Gefallenen gerichtet; als aber auch nicht ein Glied mehr an diesem zuckte, schien ein plötzliches Entsetzen über ihn zu kommen; er warf den hervorgezogenen Revolver weit von sich ins Gebüsch und lief, wie von allen Furien der Hölle gejagt, auf dem einsamen Wege dem Gebirge zu.
(Fortsetzung folgt.)